

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)

Mantelverordnung des Bundes - Öffnungsklausel für die Länder (Drs. 18/12460)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Nussel. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Rosi Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bauwirtschaft boomt. Dabei fällt auch immer viel Bauschutt an. Wohin damit? – Bisher gab es dazu ein zersplittertes Regelwerk, das in jedem Bundesland anders gehandhabt wurde. Hintergrund der Regelungen ist die Frage, welche Art von Bauschutt auf Deponien gelagert werden darf und welche Materialien recycelt werden können.

Schon lange versucht man, dieses Regelwerk zu vereinheitlichen. In einer sogenannten Mantelverordnung für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz ist das nun endlich geglückt. Bundestag und Bundesrat haben zugestimmt. Wie lange, meinen Sie, hat man um diese Mantelverordnung gerungen? – Ich sage es Ihnen: 15 Jahre – 15 Jahre, um endlich ein bundeseinheitliches Vorgehen beim Umgang mit der Recyclingwirtschaft, zu der insbesondere das Baustoffrecycling gehört, auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Das Ziel ist: Möglichst viele mineralische Abfälle sollen recycelt und im Haus- und Straßenbau wiederverwendet werden. Die Verfüllung wird ebenfalls einheitlich geregelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei geht es nicht um eine Petitesse. Die Verordnung für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz umfasst circa 60 % des gesamten Abfallaufkommens in der Bundesrepublik. Im Bundestag wurde die Verordnung schon abgesegnet, im Bundesrat auch. Hier gab es sogar einen Kompromissantrag, an dem unter anderem Bayern und Baden-Württemberg beteiligt waren. Und es wurde ein breiter, parteiübergreifender Kompromiss erzielt. Das ist doch eine schöne Nachricht. Das ist ein Durchbruch nach 15 Jahren.

Aber während die anderen Länder diesen Durchbruch feiern, wird in Bayern wieder einmal gemault. Eine Länderöffnungsklausel müsse her, heißt es. Bayern möchte einen Sonderweg bei den sogenannten Grubenverfüllungen gehen. Der Verfüll-Leitfaden hat sich bewährt, heißt es. Das sagt auch der Herr Nussel.

Wenn man sich die Umweltkandale der letzten Jahre vor Augen führt – ich sage nur: TechnoSan und andere –, ist da schon noch Luft nach oben. Noch dazu sagt die Staatsregierung selber in einer Anfrage, dass die Verfüllung von Gruben dem Marktgeschehen unterliegt und sie sonst überhaupt keine Erkenntnis dazu hat.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, Kontrolle muss schon sein, sonst hilft der beste Leitfaden nichts. Sie wollen sicher auch nicht, dass es einen Bauschutttourismus nach Bayern gibt, wenn die Regelungen hier zu locker werden; denn in Bayern, lieber Kollege Nussel, gibt es Deponieraum genug. Das sagt uns zumindest immer die Staatsregierung.

Was passiert jetzt in Berlin? – Bauminister Seehofer droht mit einer Blockade. Er muss nämlich als Bauminister zustimmen. Er hört dabei auf das Lobbying der bayerischen Bauwirtschaft. Über Lobbyismus hatten wir heute auch schon eine Diskussion; denn die bayerische Bauwirtschaft befürchtet für ihre Mitglieder höhere Deponiekosten. Ein breites Bündnis aus Industrieverbänden befürwortet hingegen die geplante Verordnung, unter anderem der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Verband der Entsorgungswirtschaft.

Ich zitiere den BDE-Präsidenten Peter Kurth:

Die Blockade ist völlig inakzeptabel, denn wenn solche Kompromisse nach vielen Jahren intensiver Diskussion blockiert werden, verliert man den Glauben daran, dass ambitionierte Klima- und Umweltpolitik wirklich gewollt ist.

Nun soll der Bayerische Landtag diese Blockade auch noch unterstützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das machen wir nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zeit drängt; denn die Verordnung muss noch durchs Kabinett. Weitere Schritte in der EU müssen folgen. Da ist es einfach unverantwortlich, diesen Prozess zu blockieren. Ein Scheitern der Mantelverordnung droht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stoppen Sie die Blockade des Bauministers. Stimmen Sie diesem Antrag nicht zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)